

KMU-LEHRBETRIEBSVERBUND – Beim KMU-Lehrbetriebsverbund Baselland und Umgebung läuft die Rekrutierung. Auch Betriebe, die noch keine Lernenden ausgebildet haben, können sich melden.

Jetzt in die Berufsbildung einsteigen

«Viele Betriebe, die uns mit der Suche nach Lernenden beauftragen, haben gemerkt, dass die Rekrutierung von Jugendlichen nicht immer einfach ist», sagt **Corinne Champion**, Verantwortliche für die Rekrutierung beim KMU-Lehrbetriebsverbund Baselland und Umgebung (LBV).

Als Dienstleistung wickeln die Rekrutierungsspezialisten des LBV für die angegliederten Betriebe die gesamte Lehrstellenbesetzung von der Ausschreibung der Stelle bis zum Lehrvertrag ab. Rund 1000 Bewerbungen bearbeitet der LBV pro Jahr.

Eigenes Rekrutierungsverfahren

Die an die Jugendlichen gestellten Anforderungen werden mit den Lehrbetrieben genau besprochen. Dann suchen die Rekrutierungsspezialisten des KMU-Lehrbetriebsverbunds in einem selbst entwickelten Rekrutierungsverfahren nach geeigneten Kandidaten. Das Verfahren beinhaltet die eingehende Prüfung der Sozial- und Selbstkompetenzen sowie der Berufseignung in Assessments und einem persönlichen Gespräch.

Die Bewerbungsdossiers werden nach deren Eingang auf Vollständigkeit und Schwachstellen geprüft. Jugendliche, welche diese erste Hürde geschafft haben, lädt die Geschäftsstelle zum sogenannten Bewerber-



Am Bewerbermeeting werden die Teamfähigkeit, das Engagement und die Kreativität der Jugendlichen getestet.

FOTO SIGRIST

meeting ein. Dort werden die jeweils rund 20 Teilnehmenden auf ihre Teamfähigkeit, ihr Engagement und ihre Kreativität getestet. «Die Jugendlichen sollen die Möglichkeit haben, sich trotz mangelhafter Schulzeugnisse um eine Lehrstelle bewerben zu können», so Champion. Nicht nur die Noten seien massgebend für eine erfolgreiche Lehrzeit, auch die Sozialkompetenzen und der Lern-

wille spielten in der Arbeitswelt eine bedeutende Rolle.

Nach Auswertung der Leistung am Bewerbermeeting wird im Team entschieden, welche Kandidaten zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen werden. Hierbei müssen sie vor allem mit viel Persönlichkeit überzeugen. Danach wird festgelegt, für welche Lehrstelle sich die bewerbende Person am besten eignet.

JETZT ANMELDEN

Für Unternehmen, die noch keine Lernenden ausbilden, ist jetzt der ideale Zeitpunkt, in die Berufsbildung einzusteigen. Zu attraktiven Konditionen rekrutiert die Geschäftsstelle des KMU-Lehrbetriebsverbunds Lernende, stellt sie an, berät die Partnerbetriebe und coacht die Lernenden. Dank dem Verbundsystem und den dadurch möglichen Stellenwechseln können Lernende auch in Betrieben arbeiten, die nicht die gesamte praktische Ausbildung anbieten. Mehr als 60 Partnerbetriebe profitieren schon von einem auf sie zugeschnittenen Dienstleistungspaket. **ag**
www.kmu-lehrbetriebsverbund.ch

Bei einer anschliessenden Schnupperlehre in einem geeigneten Betrieb müssen die Jugendlichen dann ihre Eignung in der Praxis beweisen. Champion lobt die Vorzüge des Systems: «Dank unserer genauen Prüfung ist in 80 Prozent der Fälle bereits das erste Dossier, das wir einem Betrieb weiterleiten, ein Volltreffer, und die Lehrstelle wird dem Jugendlichen angeboten.» **Anja Grönvold**

SUBMISSIONSPODIUM

Übermässige Preisgewichtung führe zu Unmut, hiess es in Sissach.

Der Preis muss nicht das einzige Kriterium sein

Über den Erfolg einer Beschaffung würden letztlich immer die Beteiligten entscheiden – und nur selten das Gesetz. Mit diesem Fazit schloss das Submissionspodium vom vergangenen Dienstag in Sissach. Durchgeführt wurde die Informationsveranstaltung zum Thema «Öffentliches Beschaffungswesen» gemeinsam vom Gewerbeverein Sissach und Umgebung (Gesi) und von der Wirtschaftskammer Baselland. Unter der Leitung von Nationalrätin **Daniela Schneeberger**, Gesi-Präsidentin, informierten Landrat **Markus Meier**, Stv. Direktor der Wirtschaftskammer Baselland, Rechtsanwalt **Philipp Rupp** und der Sissacher Gemeindepräsident **Peter Buser** über die kantonale und kommunale Vergabepaxis.

Es war unumstritten, dass Ausschreibungen, Beurteilungen und Auftragsvergaben bei Submissionen regelmässig zu Fragen und Unsicherheiten führen – sowohl auf der Seite der Unternehmen als auch bei den Behörden. Vor allem Schwellenwerte und Vergabeverfahren sowie Eignungs- und Vergabekriterien böten ständig Anlass für Diskussionen und Unsicherheiten, hiess es am Podium.

Angst vor Rekursen

Aus Angst vor Rekursen würden sich leider immer noch zu viele Vergabestellen fast ausschliesslich am Preis orientieren. Gerade diese übermässige Preisgewichtung führe dann regelmässig zu Unmut und Frustration auf allen Seiten. Die Referenten waren sich einig, dass das billigste Angebot nicht unbedingt das günstigste sei. Das öffentliche Beschaffungswesen erlaube einen deutlich grösseren Ermessens- und Handlungsspielraum. Anhand von Praxisbeispielen zeigten die Referenten auf, dass auch die Leistungs- und Produktqualität, die Ausführungstermine, die Lieferbedingungen, die Unterhalts- und Reparaturleistungen sowie das Umweltschutzprinzip wichtige Entscheidungsmerkmale darstellen können.

Gesetz bietet vernünftige Spielräume

Mit der richtigen Verfahrensart, respektive der Ausschöpfung der Schwellenwerte, könnten absolut gesetzeskonform vermehrt einheimische Anbieter berücksichtigt werden. «Dies ist letztlich eine Willensfrage», betonte Markus Meier. Das Gesetz sei lange nicht so starr, wie das immer wieder dargestellt werde, sondern biete genügend vernünftige Spielräume. Für alle Referenten stand ausser Frage, dass die öffentlichen Auftraggeber immer in der Pflicht stünden, die Steuergelder wirtschaftlich einzusetzen. Wichtig sei, dass die Submissionsverfahren für alle Beteiligten transparent sind und alle Anbietenden gleichbehandelt werden. **Marcel W. Buess**



Landrat Markus Meier, Stv. Direktor der Wirtschaftskammer Baselland, referiert am Submissionspodium in Sissach.

FOTO MWB

POLIT-KOLUMNE

Woher stammt das Geld der Parteien?

Seit Ende April dieses Jahres werden Unterschriften zu einer Volksinitiative «Für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung» gesammelt. Sozialdemokraten, Grüne, die von der SVP abgetrennte BDP, die EVP und die Piratenpartei haben sich zu diesem Zweck verbündet.

Sie wollen, dass Parteien Einzelspender ab 10 000 Franken pro Jahr namentlich bekannt geben müssen. Abstimmungskomitees, die mehr als 100 000 Franken für eine Kampagne aufwenden, müssten Budget und Eigenmittel sowie die Herkunft aller Spenden mit einem Betrag von mehr als 10 000 Franken offenlegen. Die gleiche Regelung gälte für Kandidierende um Mandate im National- und Ständerat, die für die Wahlkampagne mehr als 100 000 Franken ausgeben. Die Entgegennahme anonymer Spenden wäre untersagt.

Zur geheimnisumwitterten Parteienfinanzierung sind seit 1975 zahlreiche parlamentarische Vorstösse gescheitert. Greco (!), das Anti-Korruptions-Gremium des Europarats, bezichtigt die Schweiz seit Jahren, das letzte Land von 49 Mitgliedsstaaten ohne Gesetzgebung zur Parteienfinanzierung zu sein. Der Bundesrat hat trotzdem erst 2014 wieder entschieden, sich den Greco-Forderungen nach totaler Transparenz über den Spendenfluss zu den Parteien zu widersetzen. Die «Transparenz»-Initianten meinen, für die Meinungsbildung müssten die Stimmberechtigten wissen, welche Personen oder Firmen welche politischen Kampagnen finanzierten. Laut Bundesrat verträgt sich eine solche Regelung auf nationaler Ebene nicht mit der föderalistischen Tradition der Schweiz. Bürgerliche Parteien befürchten, solche Totaltransparenz schrecke Spender ab und führe in einem zweiten Schritt zwangsläufig zur staatlichen Parteienfinanzierung. Die politischen Gegenspieler von SVP und FDP verbreiten gerne



Peter Amstutz, ehemaliger Leiter der Bundeshaus-Redaktion der «Basler Zeitung»

die Mär, die beiden grossen bürgerlichen Parteien hätten die eidgenössischen Herbstwahlen von 2015 einzig dank ihren prallgefüllten Kassen gewonnen. Aber eine neue Studie des Forschungsinstituts GfS Bern sieht die Gründe für die neuen Machtverhältnisse im Bundesparlament anders: Verschiebungen in Richtung der wirtschaftsliberalen und konservativen Parteien seien Ausdruck des andauernden Wertewandels. Davon, und vom wachsenden Sicherheitsbedürfnis der Wählerschaft, hätten FDP und SVP profitiert.

Bei der Selbstpositionierung der Stimmbürger auf der Links-rechts-Achse bezeichnen sich 28 Prozent als rechts oder rechts aussen (10 Prozent mehr als 1999), 27 Prozent als links oder links aussen (8 Prozent mehr). Entsprechend ist die Mitte-Wählerschaft leicht geschrumpft, wie die Wahlergebnisse zeigten. Zusammen mit einem leichten Anstieg der Stimmbeteiligung

ergibt sich laut GfS das Bild einer allgemeinen Repolitisierung der Schweiz. Dies auf Transparenzprobleme bei der Parteienfinanzierung zurückführen zu wollen, ist ein hilfloser Denkansatz.

Weiterführende Hinweise gibt eine im Auftrag der Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) von der Universität Bern im Sommer 2015 erstellte Arbeit («Ich und meine Schweiz»). Dass die Jugendlichen insgesamt konservativer und bodenständiger denken als ihre Eltern, wird in naher Zukunft die Bundespolitik stärker beeinflussen als jede noch so verpönte Parteienfinanzierung aus «dubiosen Quellen». Denn jeder fünfte Jugendliche betrachtet inzwischen die Einwanderung in die Schweiz samt dem Chancenvorrang für Einheimische auf dem Arbeitsmarkt und das Asylwesen sowie die Beziehungen zur EU als das wichtigste Problempaket des Landes. Die Idee eines EU-Beitritts finden die jungen Schweizerinnen und Schweizer noch weniger verlockend als der Durchschnitt der Gesamtbevölkerung, die mit wachsender und mittlerweile auch erdrückender Mehrheit davon ebenfalls nichts wissen will.

Fazit der Berner Arbeit: «Die Jugendlichen orientieren sich noch stärker als die älteren Generationen an traditionellen und binnenorientierten Werten. (...) Sie sind wie ihre älteren Mitbürger geprägt vom schweizerischen Konsensgedanken und einer Tendenz zur soliden politischen Mitte.» Das stimmt insgesamt zuversichtlicher als das Transparenzgejammer der notorischen Wahlverlierer im links-grünen Reservat.

Der Autor gibt seine eigene Meinung wieder. Diese muss sich nicht mit jener der Wirtschaftskammer decken.

IMPRESSUM

standpunkt

Herausgeber/Verlag:

Schweizerischer Gewerbeverband sgv, Schwarztörstrasse 26, Postfach 8166, 3001 Bern, Tel. 031 380 14 14 – verlag@sgv-usam.ch
Redaktion sgz: Schwarztörstrasse 26, 3007 Bern Tel. 031 380 14 14 – redaktion@sgv-usam.ch

Regionalbund «Standpunkt»

Herausgeber: ■ Wirtschaftskammer Baselland ■ Arbeitgeber Baselland ■ Unabhängiges Podium für eine liberale Wirtschaft und Gesellschaft, Haus der Wirtschaft, Altmarktstrasse 96, 4410 Liestal

Tel. 061 927 64 64, Fax 061 927 65 50

Internet: www.kmu.org

E-Mail: standpunkt@kmu.org

Verantwortung: Christoph Buser, Direktor

Redaktion/Umbruch: Reto Anklin (ra)

Produktion: IWF, Postfach 633, 4410 Liestal

Abonnement im Mitgliederbeitrag inbegriffen

Adressänderungen:

Bitte an Wirtschaftskammer Baselland

E-Mail: standpunkt@kmu.org

Der Abdruck von Textbeiträgen mit vollständiger Quellenangabe ist erlaubt.